**Konsequenz in der europäisch-chinesischen Außenpolitik**

*Antragsteller: Kommission Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik*

Die Beziehungen der Europäischen Union und der Volksrepublik China sind vielfältig und komplex. Für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind sie Herausforderung und Chance zugleich.  Einerseits sind die Beziehungen von Kooperation und gegenseitigem Respekt geprägt. Dazu gehören die intensiven Handelsbeziehungen sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel.

Andererseits ist anzuerkennen, dass es sich bei der Volksrepublik China um einen „systematischen Rivalen“ handelt. Dem europäisch-chinesischen Verhältnis liegt ein grundlegend unterschiedliches Verständnis der Bedeutung individueller Freiheitsrechte und humanitärer Grundsätze zugrunde. Diese Unterschiede führen zu einem Wettbewerb der Systeme. China unter der Führung der Chinesischen Kommunistischen Partei (CCP) ist eine Herausforderung für die liberalen, demokratischen Strukturen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten geworden.

China hat seine Anstrengungen intensiviert, autoritäre Strukturen in Europa zu stärken und Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Teil dieser Strategie ist es, verschiedene Mitgliedsstaaten individuell zu beeinflussen und diesen Einfluss gezielt einzusetzen, indem beispielsweise strategischer Entscheidungen blockiert werden.

Deswegen sind Formate wie der China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel (17+1-Gipfel) oder die Partnerschaft Italiens mit der ‚One Belt, One Road‘-Initiative unangemessen. Der Einfluss auf einzelne Mitgliedsstaaten der europäischen Union lässt sich anschließend im Einzelfall ausnutzen. Das ist inakzeptabel. Ergebnis sind mehrfache Vetos – u.a. aus Ungarn und Griechenland, wo China den Hafen von Piräus gekauft hat – gegen eine Kritik der Europäischen Union an Chinas Außenpolitik und dem Umgang mit Menschenrechten. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, das Einstimmigkeitsprinzip punktuell im Bereich der Außenpolitik abzuschaffen.

Darüber hinaus sind europäische und chinesische Unternehmen Wettbewerber. Während die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ausländischen Investoren und Marktteilnehmern auch aus China umfangreiche Möglichkeiten bieten, sind europäische Unternehmen in China noch immer strukturell benachteiligt. Dazu gehören Beschränkungen im Bereich von Auslandsinvestitionen in China. Zwar hat das kürzlich abgeschlossene EU-China-Investitionsabkommen Verbesserungen herbeigeführt. Diese sind aber nicht ausreichend. Ausländische Investitionsmöglichkeiten sowie der Schutz intellektuellen Eigentums in China müssen weiter verbessert werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen.

Für die Europäische Union ergeben sich folgende Herausforderungen:

Die Mitgliedsstaaten dürfen sich nicht in verschiedenen Gruppen gegeneinander ausspielen lassen. Dazu gehört, dass verschiedene chinesische Initiativen, die darauf abzielen, gezielt mit einigen wenigen Mitgliedsstaaten themenspezifisch zu verhandeln, abgelehnt werden müssen.

Chinesische Versuche, beispielsweise in der Corona-Pandemie durch gezielte Hilfsmaßnahmen an ausgewählte Länder Missmut zu sähen, sind zu verurteilen. Vielmehr muss die Europäische Union zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten dafür sorgen, zukünftig ihre Versorgungsabhängigkeit in Schlüsselbereichen zu vermindern. Dazu gehören insbesondere die Gesundheits- und die Energieversorgung sowie der Informations- und der Kommunikationssektor. Die Sicherheit und Integrität dieser Schlüsselindustrien liegen im elementaren Interesse der Europäischen Union.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die Europäische Union muss die Behandlung von Minderheiten und politischen Dissidenten in China konsequent verurteilen.

Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

* die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, auf alle Mitgliedsstaaten der EU hinzuwirken, um bilaterale Gipfel und Abkommen zu verhindern;
* die punktuelle Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzip der Europäische Union im Bereich der Außenpolitik;
* eine Überarbeitung und Vertiefung des EU-China-Investitionsabkommen, um die Chancengerechtigkeit für ausländische Investoren zu verbessern;
* die Europäische Union auf, sich in den Bereichen der Schlüsselindustrien unabhängig von China aufzustellen.